

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 179

18. September 1980

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, attestiert der 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, wichtige Weichenstellungen vorgenommen zu haben: Nord und Süd mit gemeinsamer Entwicklungsstrategie.

Seite 1/2

Dieter Haak MdL stellt fest, daß die Bischöfe mit ihrem Hirtenbrief nicht Image des Evangeliums, sondern das der autoritären politischen Einflußnahme gepflegt haben: Schaden für Demokratie und Kirchen.

Seite 3/4

Lothar Schwartz zeigt, wie das publizistische Kartell um Bayernkurier und National-Zeitung Lügen verbreitet: Arm in Arm.

Seite 5

Dokumentation

Volksfront von rechts.
Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Nord und Süd mit gemeinsamer Entwicklungsstrategie

Wichtige Weichenstellungen auf der 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen

Von Rainer Offergeld MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Trotz aller Zweifel an der Wirksamkeit internationaler Mamutkonferenzen geschieht jedesmal dasselbe: Vor Beginn der Konferenz entstehen Erwartungen in der Öffentlichkeit, die höher gesteckt sind als die tatsächlichen Möglichkeiten, in Streitfragen Kompromisse zu finden. Am Ende der Konferenz sind diese Erwartungen dann enttäuscht, und die Konferenz wird pauschal zu einem Fehlschlag erklärt. Das erleben wir in diesen Tagen wieder, wenn die Opposition - offenbar in Unkenntnis der erzielten Ergebnisse - vor schnell vom "Scheitern" der 11. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen spricht.

Was wurde entwicklungspolitisch in New York erreicht? Die Sondergeneralversammlung hat nach dreiwöchiger Dauer die Verhandlungen über die Internationale Entwicklungsstrategie (IES) für die dritte Entwicklungsdekade abgeschlossen. Sie hat den Text an die 35. Generalversammlung zur formellen Annahme weitergeleitet.

Die IES wird Grundlage für die Vereinten Nationen und Ihre Mitglieder zur Förderung der Entwicklungsländer in allen wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen für die 80er Jahre sein. Sie steckt den Rahmen für die Zusammenarbeit von Entwicklungsländern und Industrieländern ab und zeigt Wege für eine Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit auf.

Es wird ein Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer von jährlich sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für wünschenswert erklärt, desgleichen eine Steigerung der Agrarproduktion um jährlich vier Prozent und ein industrielles Wachstum von jährlich neun Prozent. Erstmals - und darauf



hat gerade auch die Bundesrepublik großen Wert gelegt - sind Zielgrößen für die soziale Entwicklung festgelegt worden, zum Beispiel für eine Verminderung der Kindersterblichkeit, für die Erhöhung der Lebenserwartung und die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Die Bekämpfung von Unterernährung und Hunger ist wesentliches Ziel der Dekade.

Um diese Ziele zu erreichen, haben die Entwicklungsländer ausdrücklich ihren Willen zu erhöhten Eigenanstrengungen bei der Bekämpfung der absoluten Armut bekundet. Genannt werden unter anderem eine gerechte Einkommensverteilung, institutionelle Reformen sowie die Verstärkung sozialer Maßnahmen. Auch die Bevölkerungspolitik wird als wesentlicher Bestandteil der Entwicklungspolitik anerkannt.

Bemerkenswert ist ferner, daß die IES auch die Notwendigkeit der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts unterstreicht.

Die IES sieht für die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern einen erhöhten Ressourcentransfer an öffentlichem und privatem Kapital vor. Die Industrieländer werden aufgefordert, das 0,7 Prozent-Ziel bis 1985, spätestens jedoch bis 1990 zu erreichen. Die Bundesregierung wird bei der Verabschiedung der Strategie dazu ihre in den entwicklungs politischen Grundlinien festgelegte Position darlegen. Die Verhandlungen über die Bereiche Währung und Energie waren besonders schwierig. Im Energiebereich wurde die Notwendigkeit langfristiger Lösungen akzeptiert, die bessere Bedingungen für die Entwicklungsländer und das weltwirtschaftliche Wachstum schaffen. Wichtig ist, daß Privatinvestitionen und ein günstiges Investitionsklima als positive Beiträge für die Entwicklung der Dritten Welt anerkannt werden.

Das alles sind Erfolge und wichtige Weichenstellungen für die 80er Jahre. Diese Erfolge waren nur möglich, weil Industrie- wie Entwicklungsländer zu Kompromissen bereit waren, weil ihr Wille zu einer verstärkten Kooperation zwischen Nord und Süd stärker war als unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen kontroversen Bereichen. Die vom Bundeskabinett im Juli 1980 verabschiedeten "Entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung" bildeten für die deutsche Verhandlungsführung die Richtschnur und haben sich hierbei auch international bewährt.

Neben der Einigung über die IES hat die 11. Sondergeneralversammlung eine Resolution zur Verbesserung der kritischen Lage in den ärmsten Entwicklungsländern verabschiedet, in der es erstmals gelungen ist, die gemeinsame Verantwortung westlicher und östlicher Industrieländer sowie der OPEC-Staaten für erhöhte Leistungen an die LLDC* festzustellen, einschließlich der verstärkten Unterstützung von Energieprojekten in diesen Ländern. Unter maßgeblicher deutscher Beteiligung konnte eine Resolution erarbeitet werden, in der "alle entwickelten Länder und alle Entwicklungsländer, die dazu in der Lage sind", beziehungsweise "Geberstaaten" gleichrangig zur Erhöhung der Entwicklungshilfe an die LLDC aufgefordert werden.

Damit wurde zum ersten Mal die Mitverantwortung der Staatshandelsländer und der OPEC-Staaten für die Erhöhung der Entwicklungshilfe im Konsens aller VN-Mitgliedstaaten festgestellt, trotz der von Ostblock und OPEC abgegebenen Vorbehaltserklärungen.

Dies ist, trotz aller Wenn und Aber, ein Erfolg, der durch Kompromisse und Annäherung der Standorte von beiden Seiten erreicht wurde. (-/18.9.1980/ks/ca)

+ + +

* LLDC = least developed countries, es sind die 30 besonders unterentwickelten Länder



Schaden für Demokratie und Kirchen

Nicht Image des Evangeliums, sondern der autoritären politischen Einflußnahme

Von Dieter Haak MdL

Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

"Tief bewegt" zeigte sich Kardinal Höffner vor Journalisten nach der Rückkehr der Delegation der deutschen Bischofskonferenz aus Polen von den Eindrücken in diesem Land. Mindestens ebenso bewegt deutsche Katholiken, auch evangelische Christen, überhaupt viele Staatsbürger in diesen Tagen die Tatsache, daß die katholischen Bischöfe durch einen am Sonntag zu verlesenden Hirtenbrief - massiver, direkter und vor allem parteilicher als zuvor auf die Bundestagswahl Einfluß ausüben wollen. Auf entsprechende Fragen wollte der Kardinal den staunenden Journalisten freilich keine Antwort geben. Auf die öffentliche Kritik am Hirtenbrief einzugehen schien ihm zu früh, kannte er sie doch "nur aus dritter Hand".

Gleich im zweiten Satz des Hirtenbriefes kommen die Bischöfe zur Sache: "Jede Wahl ist nicht nur ein politischer Vorgang, sondern zugleich eine sittliche Entscheidung darüber, welche Werte und Ziele die Politik in den kommenden Jahren bestimmen und tragen." Wer die Politik in den kommenden Jahren bestimmen soll, lassen die deutschen katholischen Bischöfe in dem Hirtenbrief nicht den geringsten Zweifel aufkommen. Nicht wählbar sei.

- wer den Schwangerschaftsabbruch, sei es auch bei sozialer Indikation, zulasse,
- wer Gesetze, die die Ehescheidung begünstigen und den auf Lebenszeit beschlossenen Bund aushöhlen, schaffe,
- wer die Lebenschancen unserer Kinder mit einer zu hohen Staatsverschuldung belastet,
- wer einer anderen demokratischen Partei den Willen zum Frieden oder die Fähigkeit, ihm in Politik oder Diplomatie zu dienen, abspreche.

Damit aber nicht genug: "Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert



werden". So überdeutlich, so zweifelsfrei, läßt sich wohl kaum jemals wieder eine Einmischung der katholischen Kirche in Deutschland in das politische Geschehen belegen. So massiv ist die Empfehlung, daß den katholischen Christen eine Entscheidung, welche Partei sie bei der anstehenden Bundestagswahl wählen wollen, nach dem Hirtenwort nicht mehr freisteht.

In Wahrheit aber werden sich viele Bürger von derartigen "Empfehlungen" freimachen. Dieser Hirtenbrief könnte für die katholischen Bischöfe und vor allem auch für Strauß ein arger Bumerang sein.

Meine Sorge gilt mehr der zukünftigen Entwicklung unserer Demokratie. Natürlich haben die Kirchen wie andere Gruppen unserer Gesellschaft das Recht, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, seien sie von besonders sittlicher Bedeutung oder nicht. Es ist aber für die Demokratie nicht verträglich, wenn sich mündige Bürger über Sachprobleme wie Staatsverschuldung und Arbeitsplatzsicherung nicht allein in freier Entscheidung ihr Urteil bilden sollen, sondern ihnen "Hilfe" durch geistliche Autorität aufgedrängt wird.

Die Äußerung der Bischöfe zu unserer - im internationalen Vergleich noch erträglichen - Staatsverschuldung ist ein zunächst unglaubliches Beispiel für einen auch vom kirchlichen Selbstverständnis her nicht tragbaren Irrweg in die direkte Politik. Wenn das Ausmaß der Staatsverschuldung eine sittliche Frage ist, dann steht die Sittlichkeit klar auf Seiten der Regierung. Mit Hilfe der Verschuldung des Staates sind in den letzten Jahren nach fundierten Schätzungen rund 1.000.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert worden. Bedenkt man die - ohne das Handeln der Regierung - notwendig gewesene Arbeitslosenunterstützung, die Ausfälle an Einkommen-, Lohn- und Kirchensteuer und den Ausfall des von diesen Bürgern erwirtschafteten Sozialprodukts, dann wird sehr schnell klar, daß die Schäden weit höher gewesen wären als die Verschuldung des Staates. Denkt man dann noch an die dahinter stehenden Schicksale und Nöte der einzelnen Menschen, vieler junger Menschen, so stellt sich die Frage: Was kommt eher dem Gebot der Nächstenliebe näher, die Politik der Bundesregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze oder das Wort der Bischöfe, das so auffallend mit den verhängnisvollen Programmen der CDU übereinstimmt? Das soziale Engagement, das Eintreten für die, die Hilfe brauchen, scheint in dem Hirtenwort kaum eine Rolle zu spielen.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß Hirtenbriefe, wie jetzt so parteilich vorgesehen, sehr zum Schaden der Kirchen sind, und zwar sowohl der katholischen wie der evangelischen Kirche. Die evangelische Kirche kennt zwar solche Hirtenbriefe nicht, aber indirekt ist sie mitbetroffen, weil viele Bürger den Eindruck haben, der kirchliche Einfluß auf die Sachpolitik sei allgemein weiter gestiegen. Den Kirchen wird der Weg gemäß ihrem Verkündigungsauftrag zu vielen Menschen verbaut. Die katholischen Bischöfe haben mitzuverantworten, daß die Kirchen bei wieder mehr Menschen nicht das Image des Evangeliums haben, sondern ein Image der autoritären politischen Einflußnahme.
(-/18.9.1980/vo-he/ca)

+ + +



Arm In Arm

Deutschlandmagazin, National-Zeitung und Bayernkurier verbreiten glatte Lügen

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Arm in Arm mit der rechtsradikalen "National-Zeitung" des Herrn Frey und dem ebenfalls mit harter Rechtsauslage operierenden "Deutschlandmagazin" des Herrn Ziesel betreibt der "Bayernkurier" des Herrn Strauß einen Verleumdungsfeldzug gegen führende deutsche Sozialdemokraten.

Eines der neuesten Produkte aus dieser rechten Ecke ist die Behauptung im "Bayernkurier", Willy Brandt sei erst nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden. Dies ist eine glatte Lüge. Wahr ist, daß Willy Brandt bereits 1930 - als 16jähriger - in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgenommen worden ist. Danach ist er dann Mitglied der linkssozialistischen SAP geworden, aber noch während der Emigration in Schweden der dortigen SPD-Landesgruppe beigetreten. Da die SPD unter Kurt Schumacher die sozialistische Sondergruppe SAP in sich aufgenommen hat, wird die dortige Mitgliedschaft angerechnet. Dies gilt für Willy Brandt wie für andere.

Einen solchen eindeutigen Sachverhalt ins Zweiflicht zu zerrren, gehört zu den Techniken der Stoß- und Propagandatruppen, wie sie in den Redaktionsstuben der genannten seelen- und gesinnungsverwandten Organe versammelt sind.

Diese "ehrenwerte Gesellschaft" steht nach dem Vorbild des Herausgebers und Kandidaten Strauß mit der Wahrheit und der Friedenspolitik, aber zusätzlich auch noch mit allen Grundsätzen einer journalistischen Arbeitsweise auf dem Kriegsfuß.

(-/18.9.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In der Agitation der Unions-Parteien spielt der Begriff Volksfront eine maßgebliche Rolle. Damit soll vergessen gemacht werden, daß es auf konservativer Seite schon lange tatsächlich eine Bewegung gibt, die man getrost "Volksfront von rechts" nennen kann. Die folgende Zusammenstellung von Zitaten führt den Beweis.

Volksfront von rechts

Laut "Stern" (Nr. 38 vom 11. September 1980) warnt der CDU-Politiker Leisler Kiep neuerdings:

"Wir müssen uns davor hüten, in der Abwehr von Links-Ideologen selbst zu Rechts-Ideologen zu werden."

Für einen Teil der Führung der CDU/CSU, zumindest für Leute wie Strauß und Dregger, kommt solche Warnung zu spät. Sie schwimmen schon seit längerer Zeit im geistigen Fahrwasser des Rechtsextremismus. Dafür gibt es evidente Belege: Im April 1970 versah die rechtsextreme "Deutsche National-Zeitung" einen Artikel gegen die Bundesregierung mit der Überschrift:

"Ulbricht - nächster Bundeskanzler? Freiheit oder Sozialismus?"

In dem Artikel der "National-Zeitung" war zu lesen, es müsse

"klargemacht werden, daß Sozialismus Demokratie ausschließt, es sei denn, man verstehe unter Demokratie jenes Zerrbild, das die Staaten des sozialistischen Lagers vorexerzieren, die sich ja auch in Blasphemierung des Begriffes als demokratisch, 'volksdemokratisch' verstehen."

Der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger sagte am 13. Oktober 1970 in einer Rede in Frankfurt am Main (vgl. Frankfurter Rundschau vom 4. März 1971!):

"Was die sogenannte Demokratisierung bei uns angeht, so sei zunächst darauf hingewiesen, daß es sich hier, ähnlich wie bei dem Begriff Volksdemokratie, um eine kommunistische Vokabel handelt, mit deren Hilfe in der DDR alle Ansätze eines freiheitlich-rechtsstaatlichen Gemeinwesens zerschlagen wurden."

Nach der Wahl von 1972 stand im "Deutschland-Magazin" (Heft 2/73) des Alt-Nazi und notorischen Denunzianten Kurt Ziesel:

"Die Alternative: Freiheit oder sozialistische Diktatur."

Der heutige Kanzlerkandidat schrieb in Nr. 5/74 desselben Blattes:

"Freiheit und Sozialismus schließen einander aus."

Im Wahlkampf 1976 entfernte die Union das von der "Deutschen National-Zeitung" 1970 noch gesetzte Fragezeichen hinter "Freiheit oder Sozialismus". Die CDU veröffentlichte in der "Bunten Illustrierten" vom 15. Juli 1976 eine Wahlanzeige mit der von Ulbricht am Brandenburger Tor errichteten Mauer und mit dem Text:

"Ein Teil Deutschlands ist bereits sozialistisch. Unsere Bundesrepublik darf es niemals werden."



Der Herausgeber der "Deutschen National-Zeitung", Gerhard Frey, sprach Anfang Mai 1972 in Bonn von den

"verbrecherischen Ostverträgen"
(vgl. "Stuttgarter Zeitung" vom 2. Mai 1972)

Alfred Dregger nannte im Hinblick auf die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition am 17. Juni 1978 in Philippsthal/Werra

"die Aufgabe von selbstverständlichen Rechtspositionen ohne Not und Gegenleistung ein nationales Verbrechen."

Wer erinnerte sich nicht der Bezeichnung "Novemberverbrecher", mit der Rechtsextremisten der zwanziger Jahre und der dreißiger Jahre demokratische Politiker der Weimarer Republik diffamierten! Das gleiche gilt für den Ausdruck "Schandverträge", mit dem Walter Becher (CSU) Pfingsten 1980 die Ostverträge bezeichnete - das NS-Regime nannte so den Vertrag von Versailles!

Manchmal ist die Reihenfolge zwischen Strauß und der "Deutschen National-Zeitung" auch andersherum als auch bei dem Beispiel "Freiheit oder Sozialismus". So zum Beispiel sagte Strauß auf dem CSU-Parteitag 1977 (laut "Bayernkurier" vom 1. Oktober 1977):

"Willy Brandt hat hier in seiner deutschfeindlichen Haltung sogar die Geschmacklosigkeit und Unverschämtheit gehabt, ... seiner eigenen Regierung vorzuwerfen, sie ginge nicht tatkräftig genug gegen den Rechtsradikalismus vor."

Und die "Deutsche National-Zeitung" überschrieb am 12. September 1980 einen Netzartikel gegen Willy Brandt:

"Warum Brandt Deutschland haßt"

Einer, der die hier aufgezeichneten Zusammenhänge frühzeitig und klar gesehen hat, war der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende der CDU in Württemberg, der ehemalige Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer. Er nannte im Köln-Bonner "Express" vom 13. Oktober 1971 Strauß und Dregger

"antidemokratische, demagogische, unredliche Männer, denen es nichts ausmacht, wenn die Demokratie vor die Hunde geht."

Am 2. Juni 1980 berichtete die "Frankfurter Rundschau":

"Auf dem Kongreß 'Jugend für Strauß' der Jungen Union Hessens in Hilders erklärte ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal: Wenn Franz Josef Strauß die Bundestagswahl in diesem Jahr nicht gewinne, dann werde es nie wieder einen Unionskanzler geben, weil 'spätestens 1984 alle CDU-Führer nach Warkuta verbannt sein werden'".

Vom Tenor dieser Äußerung wieder lediglich durch Frageform unterschieden ist der Schlusssatz des vorhin zitierten Artikels der "Deutschen National-Zeitung" (12. September 1980):

"Als Havarist Opfer moskowitzischen Freibeutertums zu werden - wer wünscht sich das schon?"

Abschließend sei der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer zitiert, der über "antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik" schrieb:

"Wenn konservative Politiker im Kern dasselbe sagen wie die Rechtsradikalen, gegen die sie gleichzeitig vehement agitieren, dann wird der Dammbereich durchlöchert, der die Demokratie gegen ihre Aufweichung durch antidemokratische Ideen absichern könnte."

P.S.: Wie die "Frankfurter Rundschau" am 16. September 1980 berichtete, unterhalten die Organisatoren des "Ausländer-Komitees F.J. Strauß" Beziehungen zu den italienischen Neofaschisten. In deren Blatt "Il Borghese" tischte Strauß 1972 erstmals das Märchen auf in der Bundesrepublik stehe die "letzte freie Wahl" bevor.... (-/18.9.1980/ks/ca)

